

Simonis, Udo E.

**Article — Digitized Version**

## Kriterien qualitativen Wirtschaftswachstums - Neuere Forschungsrichtungen

Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1982) : Kriterien qualitativen Wirtschaftswachstums - Neuere Forschungsrichtungen, Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!, ISSN 0041-9079, Hirzel, Stuttgart, Vol. 37, Iss. 2, pp. 157-165

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112054>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## **Kriterien qualitativen Wirtschaftswachstums – Neuere Forschungsrichtungen**

Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik setzen die Wohlfahrt der Bevölkerung, das klassische ökonomische Ziel, mit dem Bruttosozialprodukt gleich oder unterstellen eine Parallelentwicklung von Bruttosozialprodukt und Wohlfahrt. Dementsprechend lautet eine zentrale theoretische Argumentationskette und wirtschaftspolitische Handlungsanweisung: ein vermehrter Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Natur, technischer Fortschritt) führt zur Zunahme des Bruttosozialprodukts („Wirtschaftswachstum“); dies ist die Voraussetzung für die Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung. Die Bedeutung des Bruttosozialproduktes als politische Zielkategorie ist außerordentlich umfassend: nicht nur die allgemeine Wirtschaftspolitik, auch die Regional- und Sektoralpolitik, die Energie- und Verkehrspolitik – und gelegentlich selbst die Umweltpolitik – sind auf sie ausgerichtet. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und das mit ihr ermittelte Bruttosozialprodukt beruhen jedoch auf gewissen, restriktiven Annahmen, die viele nicht kennen.

Eine erste, allgemeine Kritik am Bruttosozialprodukt als Wohlfahrtsmaß geht daher dahin, die o. g. zentrale Gedankenkette grundsätzlich zu bestreiten: z. B. mit dem Argument, daß man sich sehr wohl eine Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung ohne Wachstum, aber durch bessere Verteilung des

Vorhandenen (des Einkommens und Vermögens) vorstellen kann, oder mit dem Argument, daß ein (zunehmender) Teil der im Bruttosozialprodukt erfaßten Produktion lediglich eine Reaktion auf die von der Wirtschaft selbst erzeugten Problemlagen ist („staatlich-industrielles Reparaturwesen“ – M. Jänicke). Eine speziellere Kritik besagt, daß ein mit herkömmlichen Methoden ermitteltes Wirtschaftswachstum (Zunahme des Bruttosozialproduktes) nicht qualitatives Wachstum sein kann, weil das volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig ist und auch fehlerhafte Bewertungen aufweist.

Diese Kritik weist zunächst auf alle jene menschlichen Aktivitäten hin, die nicht über den Markt abgewickelt werden (bzw. für die kein Markt existiert) und die deshalb nicht (oder nur ansatzweise) in das Bruttosozialprodukt eingehen. In Stichworten: Eigenleistungen der Haushalte; Nachbarschaftshilfe; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und des Konsums; die öffentlichen Güter; die Freizeit; usw. Selbst wenn man das Bruttosozialprodukt durch Ausschalten von Preisänderungen (Inflation) bereinigt und Bevölkerungszu- oder -abnahme berücksichtigt, um die „reale“ wirtschaftliche Entwicklung zu ermitteln, kommt man an diese qualitativen Probleme des Bruttosozialproduktes nicht heran, welches eben nur (mit gewissen Ausnahmen) die marktmäßig gehandelten Güter und Dienste erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet.

Das Bruttosozialprodukt, die zentrale Zielkategorie unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, ist so definiert, daß es, *ceteris paribus*, mit zunehmender Freizeit und Eigenarbeit, mehr Nachbarschaftshilfe, sparsamerem Energieverbrauch, Pflege des Wohnungsbestandes, Erhaltung der natürlichen Umwelt usw. sinkt – und umgekehrt: mit zusätzlichen Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, Rohstoffverbrauch, wachsenden Umweltsanierungsausgaben usw. steigt. Das Bruttosozialprodukt verhält sich in Bezug auf diese (und andere) Beispiele also umgekehrt dazu, wie man es von einem Wohlfahrtsmaß erwarten sollte. Die Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik am Wachstum des Bruttosozialproduktes wird daher einer qualitativen Zielsetzung nicht gerecht.

Die wissenschaftlich-methodische Kritik weist außerdem hin auf das besondere Problem des Auseinanderfallens von Tauschwert und Gebrauchswert; die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mißt den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert von Gütern.

Die Marktpreise geben lediglich Auskunft über marktwirksame Angebote und Nachfragen, sie geben keine Auskunft über die Intensität der Bedürfnisse, die zu marktwirtschaftlicher Nachfrage geworden oder nicht geworden sind. Marktpreise sind also Ausdruck von relativer Kaufkraft (von Tauschwerten) und nicht von Bedürfnissen, Bedürfnisintensitäten und Graden der Bedürfnisbefriedigung (von Gebrauchswerten). Anders ausgedrückt: Das wirtschaftliche Rechnungswesen herkömmlicher Art, mit dem Wirtschaftswachstum ermittelt und bestimmt wird, kann keine Unterscheidung zwischen guten und weniger guten (schlechten) Ausgaben machen. Es folgt der Devise, daß der gesellschaftliche Wert eines am Markt gehandelten Gutes in dem dafür bezahlten Preis liegt. Die Konsum- und Investitionsausgaben, egal von wem, egal wofür getätigt, werden registriert; die Produktion aller gehandelten Waren, die Verausgabung des Einkommens für Konsum- und Investitionszwecke jeglicher Art – all dies geht positiv in das Bruttosozialprodukt ein.

Nimmt man die o. g. Argumente ernst, so dürfte klar werden, daß der ökonomische Indikator Bruttosozialprodukt, der aus der traditionellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet ist, allein genommen keine ausreichende Basis für die Bestimmung und Gewinnung qualitativer sozioökonomischer Ziele sein kann. Emil Küng sagt in diesem Zusammenhang: „Die Rezepte der Wirtschaftstheorie in Bezug auf die Qualität des Lebens sind außerordentlich dürftig. Reichtum als Glücksgarantie – so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreißen. Materielles Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt – so ließe sich die gedankliche Grundlage für den Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen charakterisieren.“

Obwohl über die strukturellen Mängel des Bruttosozialproduktes als Wohlfahrtsmaß schon früh und seit einiger Zeit sogar recht intensiv in Teilen der Wirtschaftswissenschaft diskutiert worden ist, hat die politische Praxis hieraus bisher keine erkennbaren Konsequenzen gezogen. Die Wirtschaftspolitik ist nach wie vor vom bisherigen, qualitativ unzureichenden Konzept bestimmt und auf dieses hin ausgerichtet. Es wäre ein Zufall, wenn die Orientierung auf ein qualitativ unzureichendes Konzept nicht auch zu unzureichenden praktischen Ergebnissen führte.

Die Kritik an den konzeptionellen Grundlagen und Methoden zur Bestimmung des quantitativen Wirtschaftswachstums hat

eine Abwertung dieses traditionellen ökonomischen Indikators zur Folge. Angesichts der Komplexität menschlicher Bedürfnisse und Interessen erscheint jeder ausschließlich monetäre (geldliche) und eindimensionale Maßstab als Zielkategorie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik problematisch. In diesem Sinne soll der Begriff „Qualitatives Wachstum“ einerseits die Notwendigkeit der Qualifizierung des bisherigen Wachstumsziels umschreiben, andererseits die der Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse und Interessen entsprechende Mehr-Dimensionalität der sozioökonomischen Entwicklung zum Ausdruck bringen.

Es gibt inzwischen eine Reihe interessanter, methodisch unterschiedlicher Ansätze zur „Qualifizierung des Wachstumsziels“ (bzw. zur Annäherung an die Frage, wie man „Lebensqualität“ gesellschaftlich bestimmen könnte). Im folgenden sollen einige Ansatzebenen mit Anwendungsbeispielen vorgestellt werden; Anspruch auf Vollständigkeit wird also nicht erhoben, der Hinweis auf die vertiefende Literatur zum Thema ist geboten.

Verschiedene, auf R. Jochimsen zurückgehende Arbeiten haben angeregt, die „Entwicklung der Wirtschaft“ durch zwei Faktoren zu bestimmen: das „Niveau der Wirtschaftstätigkeit“ (gemessen am herkömmlich ermittelten Bruttosozialprodukt insgesamt bzw. pro Kopf der Bevölkerung) und den „Integrationsgrad“ (gemessen an den Abweichungen der Entgelte der Produktionsfaktoren, vor allem den Lohndifferenzen).

Die entsprechende Argumentation lautet: Niveau und Integrationsgrad der Wirtschaftstätigkeit müssen sich nicht in gleicher Richtung bewegen; es ist möglich, daß das Niveau steigt (fällt), der Integrationsgrad aber sinkt (steigt). Was aber ist dann mit der „Entwicklung“?

Einen das Bruttosozialprodukt-Konzept verwendenden und zugleich qualifizierenden Vorschlag macht E. G. Dolan. Er unterteilt das herkömmlich ermittelte Bruttosozialprodukt in zwei Komponenten: BSP I = der Teil des Bruttosozialproduktes, der mit erneuerungsfähigen Ressourcen erzeugt wird und zu wiederverwendbaren Abfällen führt; BSP II = der Teil des Bruttosozialproduktes, der auf der Erschöpfung nicht ersetzbarer Ressourcen beruht und zur Ansammlung nicht abbaufähiger Abfälle führt.

Seine aus dieser Unterteilung folgende wirtschaftspolitische Entscheidungsregel lautet: Maximiere BSP I, minimiere BSP II. Dieser Vorschlag der Qualifizierung des traditionellen Bruttosozialprodukt-Wachstumsziels enthält allerdings eine Reihe von

Meß- (und auch Steuerungs-)problemen, für die das derzeitige statistische Informationssystem noch keine hinreichend praktikablen Handhaben liefert.

Eine Reihe von Vorschlägen zur Bestimmung „Qualitativen Wachstums“ nehmen den Grundgedanken von E. G. Dolan wieder auf. Forderungen wie: Herabsetzung der Wachstumsrate des Verbrauchs an nicht-regenerierbaren Ressourcen; Entkoppelung von Sozialprodukt-Wachstum und Zunahme des Energie- und Rohstoffsverbrauchs; konsequente Implementation des nachträglichen Umweltschutzes (Aufbau der Umweltschutzindustrie) usw.

Was die Studien und Vorschläge zur Revision der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren angeht, so haben einige zu erheblichen Verschiebungen der Erfolgsnachweise geführt; andere hätten – würden sie durchgeführt – erhebliche Verschiebungen zur Folge.

Die Erfassung von „Leistungen und Belastungen der Natur“ durch das herkömmliche volkswirtschaftliche Rechnungswesen ist angesichts der inzwischen entstandenen tatsächlichen Umweltprobleme völlig unzureichend. Zwar werden eine Reihe von Vorleistungen der Natur zum Wirtschaftsprozeß und auch Ausgaben zur Sanierung der Umwelt erfaßt. (Die Produktion von Luftfiltern, Kläranlagen usw. geht auf die gleiche Weise in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein wie die Herstellung von Brot; die Förderung von Öl, der Abbau von Erzen, die Erschließung von Erholungsgebieten usw. werden zu Marktpreisen berücksichtigt, auch wenn diese deren absolute Knappheit nicht oder nur unzureichend berücksichtigen.) Die Inkonsequenz besteht aber darin, daß ein der natürlichen Umwelt zugefügter Schaden erst dann in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheint, wenn er behoben wird (wie immer diese Behebung aussehen mag). Eine Abnutzung oder Beeinträchtigung des produzierten Realkapitals wird sofort und im Normalfall als Abschreibung erfaßt. Was dagegen nicht erscheint, ist die Beeinträchtigung, der Verzehr der natürlichen Umwelt.

Es liegt nahe, diese Beeinträchtigung der Umwelt, des „natürlichen Kapitals“, wenigstens buchmäßig festzuhalten – wenn man sie denn schon nicht unterlassen hat. Ein Konto „Umwelt“ ließe sich in der Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dann z. B. nach den folgenden Regeln einrichten: Ausgliederung der Aktivitäten zur Behebung von Umweltschäden bzw. zur Verbesserung der Umweltbedingungen aus den Konten

„Unternehmungen“, „private Haushalte“, „Staat“ und Einbeziehung in das Konto „Umwelt“ (wobei die „Verbesserung der Umwelt“ als Endprodukt betrachtet würde); Einführung eines zusätzlichen unterstellten „Kapitalverzehr“ zur Erfassung der unbehandelten Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt.

Ein unkonventioneller Ansatz zur Gewinnung neuer Information findet sich in den Arbeiten von Nordhaus/Tobin zur Ermittlung der „Measure of Economic Welfare“ und deren Fortführung durch eine japanische Forschergruppe – „Net National Welfare“ (NNW). Hier wird die herkömmliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zunächst durch monetär bewertete „wohlfahrtspositive“ Aspekte des Lebens ergänzt: Addition von Größen für zunehmende Freizeit und nicht-marktgängige Tätigkeiten (produktive Tätigkeiten im privaten Haushalt); Schätzung der jährlichen Leistungsgrößen bei der Infrastruktur und den langfristigen Konsumgütern. Sodann wird die herkömmliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aber um bestimmte „wohlfahrtsnegative“ Aspekte bereinigt: Subtraktion von Ausgaben zur Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt; Schätzung der nicht behandelten Netto-Umweltschäden; Kosten der zunehmenden Verstädterung (z. B. Wegekosten, Fahrzeit zwischen Wohn- und Arbeitsplatz).

Das Ergebnis dieser Neuberechnung des tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolges fällt (am Beispiel Japans) drastisch aus: Die Wohlfahrt der Bevölkerung hat im Untersuchungszeitraum weit weniger rasch zugenommen als das Bruttosozialprodukt – ein Ergebnis, das sich sicherlich auch für die europäischen Industrieländer einstellen würde. (Für die Bundesrepublik liegen bisher noch keine entsprechenden Berechnungen vor.)

Die Grenzen dieses methodischen Ansatzes sind jedoch nicht zu übersehen. Wachstumsgrenzen werden auch in diesen Indikator nicht explizit aufgenommen. Die Möglichkeiten dieses Ansatzes sind bis heute bei weitem nicht ausgelotet. Mehr empirische Arbeit auf dem Gebiet eines erweiterten – aus dem Bruttosozialprodukt abgeleiteten – Index qualitativen Wachstums erscheint dringend geboten.

Nach Meinung vieler Sozialwissenschaftler bleiben die Revisionsversuche einen Schritt zu früh stehen. Insbesondere wird die Vernachlässigung qualitativer Aspekte in den ökonomischen Konzepten kritisiert. J. Galtung faßt seine Kritik an der Ökonomie und deren Sicht des Menschen und der Gesellschaft wie folgt



zusammen: „Die Entwicklung der Gesellschaft wurde eingeschränkt auf die Ebene des wirtschaftlichen Wachstums; die Bedürfnisse sind reduziert auf das materielle ökonomische Bedürfnis nach steigendem Einkommen.“ Ein Ausweg aus dieser Enge und eine methodische Alternative wird daher in der Bestimmung von Sozialindikatoren bzw. nicht-monetären Entwicklungsindikatoren gesehen.

Mit Unterstützung des UN Research Institute for Social Development (UNRISD) sind mehrere, methodisch anspruchsvolle Versuche in Richtung eines Systems von Indikatoren zur quantitativen Messung der sozialen „Lebensqualität“ unternommen worden.

Drewnowski und andere haben einen Index entwickelt, der den Grad der Bedürfnisbefriedigung in neun Lebensbereichen (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Sicherheit, Soziale Umwelt, Natürliche Umwelt) anhand von insgesamt 27 Einzelindikatoren (kardinale und ordinale Indikatoren) messen soll. Um eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung des „Lebensniveaus“ vornehmen zu können, wird auch bei diesem methodischen Ansatz ein Gesamtindex gebildet. Hierzu werden die beobachteten Ergebnisse in den genannten Bereichen des Indikatorsystems auf der Grundlage eines Rasters „kritischer Punkte“ bewertet und gewichtet, im Sinne der Einbeziehung und des Verweises auf charakteristische Schwellenwerte der Bedürfnisbefriedigung (Grundbedürfnisse – höhere Bedürfnisse). Wissenschaftlich näher begründete Schwellenwerte dieser Art sind bisher aber nur für wenige der genannten Bereiche konsenshaft vorhanden – der Bereich „Ernährung“ gibt hier wohl das beste Beispiel. In den anderen Bereichen müßten sie durch legitimierte Normen ausgefüllt werden, die z. B. auf in der Gesellschaft (überwiegend) vertretenen Auffassungen über „Minimumstandards“, „ausreichende Standards“ und „Sättigungs-Standards“ der Bedürfnisbefriedigung beruhen.

Ein derartiges System von Indikatoren zur Messung des Lebensniveaus (der Wohlfahrt) kann nicht zeitlich fix bleiben: das relative Gewicht eines Bereiches von Bedürfnissen ändert sich für den Einzelnen und die Gesamtgesellschaft mit der zunehmenden Befriedigung (bzw. Nicht-Befriedigung) der jeweiligen Bedürfnisse. Drewnowski und andere schlagen dementsprechend eine gleitende Gewichtungsskala für die Bildung des Gesamtindex vor. Andere Autoren haben die Zahl der in die Betrachtung

tung einzubeziehenden Lebensbereiche geändert und die Zahl der verwendeten Indikatoren erheblich erweitert.

Grundsätzlich mehr-dimensional angelegt sind eine Reihe von methodischen Ansätzen zur Ermittlung der Lebensbedingungen der Bevölkerung mit Hilfe von Sozialindikatoren. Neben bereichsspezifischen Einzelbeiträgen (aus der Umweltforschung, der Konsum- und Freizeitforschung, der Arbeitsforschung, usw.) gibt es Gesamtbetrachtungen auf der Grundlage höchst umfangreicher Sozialindikatoren-systeme, mit gelegentlich mehr als 100 Einzelindikatoren.

Methodisch gesehen geht man dabei zumeist von einem umfassenden gesellschaftlichen Ziel („Lebensqualität“) und einem entsprechend weiten Untersuchungsbereich aus, der dann in einzelne Komponenten oder Zielbereiche eingeteilt wird, wobei der im engeren Sinne ökonomische Bereich nur einer von mehreren Bereichen ist. Im Detail werden dann einzelne Indikatoren (eine Reihe von Indikatoren) objektiver und/oder subjektiver Art ausgewählt (Selektionsproblem), quantifiziert und gewichtet (Bewertungsproblem). Sie können auf ihre Beziehung untereinander und mit dem traditionell ermittelten Bruttosozialprodukt untersucht werden – und auch in sozioökonomische Planungsmodelle einmünden.

Die Mehrzahl der bisher vorgelegten Indikatoren-systeme zur Bestimmung von „Lebensqualität“ gehen von einem solchen Komponentenschema (Zielbereiche) aus, das dann den Bezugsrahmen für eine mehr oder weniger große Zahl von Indikatoren bildet. Dementsprechend läßt die Aufstellung eines gesamtgesellschaftlichen Rechnungswesens anhand eines solchen Komponentenschemas mit zahlreichen Einzelindikatoren eine Vielzahl von Lösungen zu (Gewichtungs- und Bewertungsproblem), solange kein Konsens über die Zahl der Komponenten und Indikatoren und ihre jeweilige Gewichtung gefunden ist.

Der (allerdings erst nach langen Diskussionen) stark vereinheitlichten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die der Messung des „Wirtschaftswachstums“ dient, steht in Bezug auf die Messung der „Lebensqualität“ also noch eine Vielfalt von Ansätzen für eine gesellschaftliche Gesamtrechnung gegenüber.

Diese Vielfalt der Ansätze spiegelt in gewisser Weise auch die bisherige Offenheit des Begriffes „Lebensqualität“ wider. Ein allgemeines und akzeptiertes Bezugssystem für die Bestimmung von „Lebensqualität“ ist daher nach wie vor dringlich. Der

Konsens über die einzubeziehenden Komponenten (Zielbereiche) scheint mir weit gediehen zu sein. Die konkrete Gewichtung der einzelnen Indikatoren und der Komponenten, wie auch die Frage des Grades der Zusammenfassung der Einzelergebnisse – so wie beim „Wirtschaftswachstum“ nur eine einzige Ziffer für „Lebensqualität“? – sind (und bleiben) dagegen kontrovers.

Demnach sind Begriffe wie „Qualitatives Wachstum“ oder „Lebensqualität“ m. E. dazu geeignet, die Notwendigkeit bewußt(er) zu machen, daß es für die Bestimmung der wünschenswerten und der nicht wünschenswerten Entwicklung des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens ausdrücklicher, für den Einzelnen und für die Gesamtgesellschaft nachvollziehbarer Wertentscheidungen mehr-dimensionalen Art bedarf. Dieses normative Problem ist bei der vorherrschenden Fixierung auf das eher ein-dimensional bestimmte und nach wie vor dominante Ziel „Wirtschaftswachstum“ (als quantitative Zunahme des unzureichend qualifizierten Bruttosozialprodukts) verdrängt, wenn auch nicht aufgehoben worden.

Ob die methodischen Ansätze zur besseren, qualitativen Bestimmung der sozioökonomischen Entwicklung aber auch genutzt werden, welche politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Realisierung entsprechender Alternativen bestehen, ob das in der wirtschaftspolitischen Praxis vorherrschende quantitative Argumentieren mit der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts durch qualifiziertere Maßstäbe und Vorgehensweisen der hier vorgestellten Art ergänzt bzw. überwunden werden kann – dies sind Fragen, deren endgültige Beantwortung bisher kaum möglich sein dürfte, weil sie eine breite gesellschaftliche Diskussion über Qualität voraussetzen, die im eigentlichen Sinne wohl gerade erst begonnen hat.